



Foto: LHK/Werkstatt 20. Jahrhundert

Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer sowie Renate Dopheide und Frank Omland vom Vorstand des AKENS bei der Unterzeichnung der Schenkungsurkunde am 7. Mai 2025 in Kiel (zu S. 155)

## AvS jetzt auch in Flensburg

### Für einen Platz des SPD-Widerstandes in der Erinnerungskultur der Stadt\*

Wir haben vor einem halben Jahr einen Arbeitskreis „AvS“ (Arbeitskreis ehemals verfolgter Sozialdemokraten) gegründet und man kann sagen: Der Start ist geglückt. Unsere Ziele sind diejenigen, die allgemein für den AvS gelten: die Erinnerung an den Widerstand und die Opfer der Diktaturen in Deutschland zu bewahren und als Konsequenz dem wachsenden Neonazismus entgegenzutreten – was nötiger denn je erscheint.

Deshalb treten wir für einen angemessenen Platz des SPD-Widerstandes in der Erinnerungskultur unserer Stadt ein. In Flensburg wird zur Zeit ein Museum zur NS-Geschichte geplant. Und wir haben festgestellt, dass nach bisherigem Konzept der Widerstand nicht vorkommt.

Den ganz großen Schwerpunkt soll das Kriegsende in Flensburg bilden. Bekanntlich hat Hitler kurz vor seinem Tod noch Großadmiral Dönitz zu seinem Nachfolger ernannt, und der traf Anfang Mai 1945 mit seinem Stab in Flensburg ein, wo er noch drei Wochen lang regiert hat. Zwei Wochen unter Aufsicht der Engländer. In dieser Zeit erwies sich Dönitz als unver-

besserlicher Nazi: Nach dem 8. Mai wurden noch Todesurteile gegen Soldaten vollstreckt, in den Amtstuben hingen noch Hitlerbilder, und an die nach Flensburg strömenden SS-Leute („Rattenlinie Nord“) verteilte man Kennkarten und Soldbücher, damit sie sich eine neue Identität aufbauen konnten. Nicht zuletzt begründete er damals das Bild der „sauber“ gebliebenen Wehrmacht.

Gleichzeitig hielten sich ca. 40.000 Flüchtlinge in Flensburg auf, und es trafen noch Schiffe mit toten und sterbenskranken KZ-Häftlingen ein.

Nüchtern didaktisch gesehen geht es um die Praktiken und Opfer eines im Untergang befindlichen verbrecherischen Regimes. Dafür ist Flensburg auch bekannt, und natürlich gehört das in ein Museum zur NS-Zeit, das bestreiten wir nicht.

Diese notwendig negative Sicht sollte nach unserer Auffassung dringend ergänzt werden durch den Stoff für eine positive Traditionsbildung. Dafür eignet sich der in Flensburg von Beginn der Nazizeit an ausgeprägte Widerstand der SPD. Ich will nur zwei Punkte hervorheben, bei denen Flensburg

\* Vortrag gehalten am 21. März 2025 auf der Jahrestagung des AvS in Hamburg

gerade als Grenzort eine wichtige Rolle spielt:

### 1. Einschmuggeln illegaler Schriften nach Deutschland

Die Nazis hatten im Februar/März 1933 die gesamte gegnerische Presse verboten. Darauf beginnt die SPD Führung im Exil in Prag seit Mai damit, einen „Neuen Vorwärts“ zu entwickeln und über die Nachbarländer nach Deutschland einzuschleusen. Für die Flensburger SPD heißt das: Schriften von der dänischen Seite abholen, über die Grenze schmuggeln und auf der deutschen Seite zur Verteilung bringen: in Flensburg, in der Region und bis nach Hamburg. – Es gibt verschiedene Kurierlinien: per Fahrrad, per Motorboot, und dem Kurier Arthur Jessen steht ein PKW zur Verfügung, er pendelt anscheinend zwischen Flensburg – Kopenhagen und Hamburg. Ein Hamburger Zeitzeuge berichtete darüber: „In Flensburg hatten wir einen parteigenössischen Fahrer, der laufend die Grenze passieren durfte. In seinem Reservereifen war kein Schlauch, sondern wohlverpackte Zeitungen, die er uns brachte.“

### 2. Fluchthilfe

SPD-Leute stehen im Frühjahr 1933 überall unter Verfolgungsdruck und müssen sich entscheiden, ob sie sich dem aussetzen wollen oder das Land verlassen. Für Flensburg als Grenzort bedeutete das: Die dortige Partei bekam Anfragen aus dem ganzen Norden, u.a. Berlin und Hamburg: Könnt

ihr uns helfen, rauszukommen? Die Flensburger haben das anscheinend gut bewältigt: Es gab einen Fluchthilfering, und es ist von 100 Fluchthilfeaktionen die Rede. Das System besteht aus einem Chef, der die Kontakte herstellt, aus Fluchthelfern, bei denen die Flüchtlinge einmal übernachten können, und aus einem Schleuser.

Der Chef Amandus Lützen erhält die Anfragen und organisiert die Übernachtungen. Er betreibt einen Brothandel mit einem Dreiradauto, und beim Verkauf bespricht er mit seinen Kunden, die z.T. Fluchthelfer sind, wann wieder jemand kommt, ob es passt usw. Ich möchte das am Beispiel der Familie Schlütter beschreiben: Sohn Friedrich überprüft den Flüchtling, ob er ein „politischer“ ist. Mutter Theresie versorgt ihn mit Verpflegung und weist ihm einen Kellerraum für die Übernachtung zu. Es werden Klopfzeichen vereinbart, falls Gefahr droht. Er kann den Keller nach außen verlassen. Mit einer genauen Wegbeschreibung macht er sich im Morgengrauen auf den Weg Richtung Ellund. Dort irgendwo trifft er auf den Schleuser. Den kennt jeder nur unter dem Decknamen „Paul“. Sein richtiger Name ist Wilhelm Schmehl. Er hat Fischteiche bei Ellund gepachtet, sodass er sich dort jederzeit unverdächtig aufhalten kann. „Paul“ führt den Flüchtling über die Grenze. Auf der dänischen Seite wartet der Genosse Aage Lassen aus Padborg auf ihn.

Nach einer Tasse Kaffee bringt er den Flüchtling zur Bahn Richtung Kopenhagen.

Vor zehn Jahren haben wir mit Zeitzeugen einen Film gedreht, die als Kinder und Jugendliche den Widerstand erlebt haben: „Widerstand im Flensburger Norden“. Man erlebt in diesem Film mit ihnen die Gefahren, die Rückschläge, aber auch den Stolz in den Familien.

Alle Zeitzeugen sind inzwischen verstorben. Wir müssen uns daran gewöhnen, dass es solche Erzähle-

rinnen und Erzähler nicht mehr gibt und neue Formen der Vermittlung entwickeln. Der AvS Flensburg ist in der Betreuung von Stolpersteinen aktiv geworden. Desgleichen versuchen wir Einfluss zu nehmen auf die Planung eines „Vermittlungszentrums“ zur NS-Geschichte in Flensburg.

Wir erwarten, dass der SPD-Widerstand in diesem neuen Gedächtnis der Stadt einen angemessenen Platz finden wird

*Jens Christian Jacobsen*

---

## Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“

### Der lange Weg bis zur Schenkung des AKENS e.V. an die Stadt Kiel am 7. Mai 2025

Im Frühjahr 2003 fand in Kiel-Hassee am dortigen Russee die Einweihung des Gedenkortes „Arbeitserziehungslager Nordmark“ statt: Drei Informationstafeln und ein neu aufgestellter Gedenkstein erinnern seitdem am Ort der letzten steinernen Überreste des ehemaligen Lagers – dem SS-Gästehaus – an dessen Geschichte. Ermöglicht haben dies hauptsächlich Projektmittel der Europäischen Union sowie kleinere Beiträge der Stadt Kiel und des AKENS e.V.

Letzterer übernahm die inhaltliche Gestaltung des neuen Gedenkortes, wobei zu betonen ist, dass weder die Stadtverwaltung Kiels noch das Stadtarchiv bzw. dessen Leitung Einfluss auf die Inhalte genommen haben.<sup>1</sup>

Das es überhaupt dazu kam, hatte verschiedene Gründe. Zum einen fand sich bei erneuten Aufräum- und Freilegungsarbeiten des ehemaligen SS-Gästehauses am Russee unter Federführung der sozialdemokratischen Ratsherren Eckehard Raupach und Dr. Ulrich

1. Zum Gedenkort und dem Gedenken vgl. die Literaturangaben in: Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“. Materialien, Fotos und Dokumente zu einer Haftstätte der schleswig-holsteinischen Gestapo in Kiel 1944–1945. Herausgegeben vom Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V. Kiel 2011. S. 99-100.



Foto: Public Record Office London, WO 355/483

Gedenkstele mit Kreuz (hinter dem britischen Jeep links im Bild), die vermutlich in der unmittelbaren Nachkriegszeit von polnischen überlebenden Häftlingen aufgestellt wurde. Foto von 1947

Erdmann im Jahr 2000 ein Überrest eines Gedenksteinsockels aus dem Jahr 1947.<sup>2</sup>

Zum anderen hatten bis dato faktisch nur der Arbeitskreis Asche-Prozeß (AKAP) bzw. in der Nachfolge der AKENS e.V. regelmäßig Rundgänge und Stadtrundfahrten zur Lagergeschichte durchgeführt, die sich jenseits des

Gedenkens auch kritisch mit dem Umgang (der Stadtverwaltung) Kiels mit diesem Ort befassten. Naheliegenderweise wurde in der Folge auf Initiative von Ulrich Erdmann vom Kulturausschuss der AKAP und der AKENS angefragt, ob sie mit Mitteln der EU und der Stadt Kiel einen Gedenkort mit Informationen zur Lager-

2. Ulrich Erdmann, Ein Konzentrationslager in Kiel? Ein schwieriges Gedenken. In: 802 Jahre Hassee – 1222–2024: vom herzoglichen Jagdschloss bis „Klein Moskau“. Redaktion: Carsten Frahm / Geschichtskreis rund um den Russee e.V., S. 2-9.

Dieter Hess, Arbeitserziehungslager Nordmark – Das unfassbare Leid vor Ort. In: 800 Jahre Hassee – 1222–2022: vom Bauerndorf bis zum Kieler Stadtteil. Geschichtskreis rund um den Russee e.V., S. 192-197.

geschichte umsetzen könnten. Aufgrund der formalen Vorgaben stellte Eckhard Colmorgen für den AKENS als gemeinnützigen Verein den Antrag und mit Hilfe der finanziellen Mittel der EU sowie zwei kleinen Beiträgen der Stadt Kiel und des AKENS e.V. konnte der Gedenkort errichtet werden.

Nach der Einweihung im Januar 2003 veröffentlichte der AKENS im Mai desselben Jahres eine 80-seitige Dokumentation zur Geschichte des „AEL Nordmark“. Diese enthielt einen Aufsatz des Historikers Detlef Korte, der maßgeblich zur Erforschung der Lagergeschichte beigetragen hatte und sowohl im AKAP wie im AKENS aktiv gewesen war. Zudem wurden die Texte der Informationstafeln, die bis dahin vorliegenden Zeitzeuginnen- und Zeitzeugenberichte sowie eine Bibliografie der wichtigsten Literatur zur Kieler Stadtgeschichte in der Weimarer Republik und der NS-Zeit publiziert.

Acht Jahre später, 2011, erschien eine überarbeitete und um neuere Forschungen ergänzte Auflage. Mit dem Abdruck der „Frühberichte“, also der Meldungen der Lagerleitung vom 13. Februar bis 26. April 1945, einem Aufsatz zur Nutzungsgeschichte des Geländes nach 1945 sowie einer neu



Foto: Ulli Dagge

Gedenkstele von 2003. Auf der Rückseite stehen stellvertretend die Namen von hier ermordeten Häftlingen, aus unterschiedlichen Ländern

erstellten Bibliografie, umfasste die zweite Auflage der Dokumentation insgesamt 110 Seiten.<sup>3</sup> Parallel zu den Veröffentlichungen fanden mindestens einmal im Jahr Rundgänge bzw. Veranstaltungen vor Ort statt, zumeist um den Jahrestag der Befreiung des Lagers im Mai bzw. zum Volkstrauertag im November. Diese hat in der Regel Eckhard Colmorgen, langjähriges

3. Neuere Literatur: Lisa Bittner / Friederike Klössing / Hendrik Leu / Mortiz Piossek, Digitales Nutzungskonzept für den Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“ in Kiel-Russee. In: ISHZ 60 (2020), S. 142-171.

Vorstandsmitglied und seit den 1980er Jahren aktiv in der Vermittlung der Kieler Stadtgeschichte im Nationalsozialismus, durchgeführt.

Anlässlich des 20. Jahrestages zur Einweihung des Gedenkorts im Mai 2023 beschlossen Vorstand und die Mitgliederversammlung – einvernehmlich und in enger Rücksprache mit Eckhard Colmorgen – die Schenkung des Gedenkorts an die Stadt Kiel.<sup>4</sup> Ziel war es, dass das neue „Zentrum zur Geschichte Kiels im 20. Jahrhundert“ zukünftig federführend für die Aktivitäten vor Ort verantwortlich zeichnen soll. Inhaltlich waren sich bald alle Beteiligten darüber einig geworden, doch wie üblich sollte sich die Klärung der juristischen Fragen noch etwas in die Länge ziehen.

Eher unbeabsichtigt fand die Schenkung am 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus statt. In Zusammenarbeit mit dem „Zentrum zur Geschichte Kiels im 20. Jahrhundert“ wurde am 7. Mai 2025 die Schenkung an die Stadt Kiel im Rahmen der Veranstaltung „Erinnern. Verstehen. Gestalten.“ vollzogen. Knapp 70 Kielerinnen und Kieler waren im Ratssaal anwesend, als Oberbürgermeister

Ulf Kaempfer auf die Bedeutung der Erinnerung an die Lager-schichte hinwies und angesichts des geschichtsrevisionistischen Rollbacks in Teilen der Parteien und Bevölkerung die Dringlichkeit betonte, sich hierzu deutlich zu positionieren. Im Anschluss führten Dr. Sabine Moller und Rabea Bahr für das Zentrum in den weiteren Abend ein. Nach zwei kurzen Vorträgen von Eckhard Colmorgen und Frank Omland für den AKENS e.V. zur Erinnerungsgeschichte des Lagers und seiner Bedeutung heute, hielt abschließend Professorin Dr. Katja Makhotina den Vortrag „Der Zweite Weltkrieg: Osteuropa, Deutschland, Kiel. Aufarbeitung gegen Vergessen.“ Sie thematisierte darin „die besondere Verbindung der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt mit einem der zentralen Schauplätze des Holocaust: dem besetzten Lettland.“<sup>5</sup>

Wir dokumentieren an dieser Stelle die Reden von Eckhard Colmorgen und Frank Omland anlässlich der Schenkung. Diese finden sich ebenso wie die Grußworte der Organisatorinnen sowie der Vortragstext von Prof. Dr. Makhotina auf der Website des AKENS: [www.akens.org/ael-nordmark.html](http://www.akens.org/ael-nordmark.html)

4. Für die Stadt Kiel hat das „Zentrum zur Geschichte Kiels im 20. Jahrhundert“ den Gedenk-ort hier dargestellt: [www.kiel.de/de/kiel\\_zukunft/stadtgeschichte/gedenkorte.php](http://www.kiel.de/de/kiel_zukunft/stadtgeschichte/gedenkorte.php)  
Der AKENS e.V. stellt Informationen zum „AEL Nordmark“ auf seiner Website zur Verfügung: [www.akens.org/ael-nordmark.html](http://www.akens.org/ael-nordmark.html)

5. Zitiert nach dem Faltblatt zur Gedenkveranstaltung am 7.5.2025.

# Wie wurde in Kiel bisher an das ehemalige Lager am Russee erinnert?

Rede von Eckhard Colmorgen am 7. Mai 2025

Das während der Nazi-Zeit in den Jahren 1944/1945 von der Geheimen Staatspolizei betriebene Lager diente als Terrorinstrument gegen die schleswig-holsteinische Bevölkerung. Hauptsächlich nutzte die Gestapo das Lager am Russee zur Disziplinierung der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen aus Polen und der damaligen Sowjetunion.

Erstmals wurde nach dem Zweiten Weltkrieg mit kirchlichen Gedenkfeiern und der Aufstellung eines Gedenksteins im Jahr 1971 durch die Stadt Kiel an die Geschichte des Lagers erinnert. Doch trotz eines zweiten Gedenksteins im Jahr 1985 führten erst die Forschungen von Detlef Korte und seine Veröffentlichung *„Erziehung“ ins Massengrab*<sup>6</sup> im Jahre 1991 dazu, dass wir heute ein umfassenderes Wissen um die Lagergeschichte besitzen.

Vorher waren es die „Historischen Stadtrundfahrten“ des „Arbeitskreises Asche-Prozeß“ (AKAP), die ab 1983 über die Zeit des Nationalsozialismus in Kiel informierten und immer auch das ehemalige Lagergelände einbezogen. Manchmal nannten wir

diese Stadtrundfahrten auch „Antifaschistische Stadtrundfahrten“. Mit dem Risiko, dass die Kieler Nachrichten diese Veranstaltungsankündigung nicht veröffentlichte.

Unsere Hauptzielgruppe waren Schulklassen, denn die regionale NS-Zeit wurde damals im Geschichtsunterricht nur am Rande vermittelt. Eine Station war die Bushaltestelle an der Rendsburger Landstraße. Erst kürzlich ist die Bushaltestelle umbenannt worden; sie trägt nun den Namen „Gedenkort am Russee“. Die Gremien der Stadt haben für diese Namensänderung mehrere Jahre gebraucht.

Nicht unerwähnt will ich lassen, dass wir auch große Ideen hatten. Wir vom „Arbeitskreis Asche Prozeß“ wollten ein „Dokumentations- und Forschungszentrum“ zur Geschichte des „Arbeitserziehungslagers Nordmark“ und zur NS-Zeit in Kiel. Die Ratsversammlung stimmte diesem Antrag im Jahre 1983 zu. Doch der damals einstimmige Beschluss wurde nie umgesetzt.

Im Jahre 2003 ergriff der AKENS auf Anregung der damaligen Stadtpräsidentin und des Kulturausschusses die Initiative

6. Detlef Korte, *„Erziehung“ ins Massengrab. Die Geschichte des „Arbeitserziehungslagers Nordmark“ in Kiel-Russee 1944 – 1945*. Kiel 1991.

für einen Gedenkort am Russee. Gelder aus einem Fördertopf der Europäischen Union ermöglichen die Herstellung einer Gedenkstele und von drei Informationstafeln. Darauf kam es uns besonders an. Während die beiden existierenden Gedenksteine aus den Jahren 1971 und 1985 lediglich mit wenigen Worten an das Lager erinnern, finden sich auf den Texttafeln an den Grundmauern des ehemaligen SS-Gästehauses – direkt am Wanderweg am Russee – heute Informationen über die Haftstätte der Gestapo und die Zwangsarbeit der Häftlinge und ihrer Befreiung sowie die Nachkriegszeit, die Strafverfolgung der Täter und das Gedenken nach 1945.

Doch wie soll es jetzt weitergehen? Mit der Schenkung des AKENS an die Stadt Kiel tritt der Gedenkort in eine neue Phase: Ergänzend zum bürgerschaftlichen Engagement beginnt von nun an die hauptamtliche Tätigkeit durch die Mitarbeiterinnen des Zentrums für die Geschichte Kiels im 20. Jahrhundert. Aus unserer Sicht ist der Gedenkort damit in guten Händen. Für die Zukunft wünschen wir uns, dass sich die Landeshauptstadt Kiel an der bestehenden Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkort- und Gedenkstätten in Schleswig-Holstein beteiligt. Ansonsten droht es, dass Kiel die Fortschritte der Erinne-

rungskultur in Schleswig-Holstein und auf Bundesebene wieder – wie zuvor – über Jahrzehnte verschläft. Hoffen kann man, dass der Übergang an die Stadt Kiel zukünftig auch bessere finanzielle Möglichkeiten für den Ausbau des Gedenkortes ermöglicht. Gleichzeitig darf nicht vergessen werden, dass die historische Erinnerung an die NS-Zeit parteipolitisch instrumentalisiert werden kann.

Aktuell wird unter den Aktiven der NS-Gedenkstätten über die Gefahr einer zunehmenden Einflussnahme rechtsextremistischer und faschistischer Parteien in der Politik diskutiert. Die AfD möchte gerne der NS-Erinnerungskultur eine 180-Grad-Wende verpassen. Wir brauchen aber eine weitere Forschung und kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Und eine weitere politische Bildung, die über die Nazi-Zeit berichtet und über die Verbrechen in Deutschland während der NS-Zeit aufklärt.

*Hinweis der Redaktion:* Eckhard Colmorgen war als damaliger 1. Vorsitzender des AKENS e.V. und Mitglied im Arbeitskreis Asche-Prozeß in Kiel maßgeblich an der Errichtung des Gedenkortes „Arbeitserziehungslager Nordmark“ beteiligt. Zudem hat er bis 2023 regelmäßig Rundgänge zur Geschichte dieser Haftstätte der Gestapo durchgeführt.

# Lernen wir wirklich etwas aus der Geschichte?

Rede von Frank Omland am 7. Mai 2025

Am 7. Mai 1930 wurde vom preußischen Innenministerium, basierend auf Ermittlungen der Politischen Polizeiabteilungen, die erste von zahlreichen umfassenden Denkschriften über die NSDAP vorgelegt.<sup>7</sup> Ende August 1930 folgte unter dem Titel „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung“ eine zweite Denkschrift. Diese endete mit dem Fazit: „Hiernach muß von der Feststellung ausgegangen werden, daß die NSDAP auf eine Revolution mit gewaltsamen Mitteln hinarbeitet, deren Ziel über die nationalsozialistische Diktatur die Errichtung des nationalsozialistischen ‚Dritten Reiches‘ ist. Dieses Bestreben richtet sich gegen die Verfassung des Deutschen Reiches.“<sup>8</sup> Dementsprechend forderte die Denkschrift das Verbot der staatsfeindlichen und hochverräterischen NSDAP.

Knapp einen halben Monat später, am 14. September 1930,

sollte die NSDAP mit 18,3 Prozent der abgegebenen Stimmen ihren ersten großen Sieg im Deutschen Reich bejubeln. In Kiel erreichte sie 29.771 Stimmen, also 22,7 Prozent, die meisten Stimmen davon in den bürgerlichen Stadtvierteln und Wahllokalen, etwa der Altstadt, dem Blücherplatz und der Vorstadt. In zwei Wahllokalen errang sie sogar über 40 Prozent!<sup>9</sup>

Bis zur letzten pluralistischen Reichstagswahl im Frühjahr 1933 sollte Kiel reichsweit nach Plauen im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau die Großstadt sein, in der die NSDAP regelmäßig ihre besten Ergebnisse verzeichnete. Am 5. März 1933 gaben 69.225 Wahlberechtigte in Kiel ihre Stimme. Unabhängig von den jeweiligen persönlichen Motiven ist diesen Wählerinnen und Wählern eine gewisse Mitverantwortung für die Handlungen der NSDAP nicht abzusprechen.

In der Weimarer Republik wollte die Regierung von Reichskanzler Brüning die NSDAP aus

7. GStAB Rep. 84a/3157. Vervielfältigtes Exemplar. Überschrift: „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“.

8. Denkschrift des Preußischen Ministeriums des Innern über die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als staats- und republikfeindliche hochverräterische Verbindung. Quelle: BA R 134/90. Vervielfältigtes Exemplar – I A 2100/12.8. Überschrift: „Das hochverräterische Unternehmen der NSDAP“.

9. Die zwei Wahllokale mit über 40 Prozent der Stimmen lagen in der Altstadt und am Blücherplatz.

bündnispolitischen und parteitaktischen Überlegungen heraus nicht verbieten. Das war ein Fehler, der den Aufstieg der NSDAP an die Macht mit ermöglicht hat. Die Denkschriften zum Verbot der NSDAP sind heute praktisch nur noch Insidern bekannt. Umso mehr sollten wir sie uns zum „Tag der Befreiung“ von der nationalsozialistischen Diktatur wieder ins Gedächtnis rufen.

Mit der Schenkung der Informationstafeln und des Mahnmals am Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“ am Kieler Russee verbindet der Vorstand des Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, AKENS, deshalb einen eindringlichen Appell an die Politik:

Die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ist nur ein Hilfsmittel in unserem Bemühen zur Sicherung der Demokratie. Der AKENS verbindet die Schenkung daher mit der dring-

lichen Aufforderung, die Demokratieentwicklung und -sicherung vor allem in der Gegenwart nach Kräften zu fördern. Partizipation, das praktische Erlernen demokratischer Mechanismen und eine Bildung zu Toleranz, Vielfalt und Gleichberechtigung sind hierfür die Mittel der Wahl.

Antidemokratisches Denken können wir nicht verbieten, aber wir können uns dagegen gemeinsam stärken und demokratisches Handeln befördern.

Wenn wir wirklich etwas aus der Geschichte lernen können, dann dieses: Wir sollten uns weniger mit der Vergangenheit und mehr mit der Gegenwart beschäftigen, denn die Handlungen von jedem und jeder Einzelnen von uns bestimmen die Zukunft unserer Gesellschaft und die Zukunft unserer Demokratie.

Wir wissen sehr vieles über die Vergangenheit, die Frage lautet:

Was hindert uns daran, im Hier und Jetzt zu handeln?

---

## **Zum Tod von Dietrich Hauschildt-Staff**

### **Eine Würdigung**

Im Alter von 72 Jahren verstarb am 26. Oktober 2025 im niedersächsischen Steinbrück der Landwirt und Historiker Dietrich Hauschildt-Staff. Er kann als Pionier der Forschung zur Geschichte der jüdischen Minderheit in der Stadt Kiel gelten.

Dietrich Hauschildt wurde am 20. Oktober 1953 als Sohn von Dr. Karl und Ingeborg Hauschildt in Kiel geboren. Seine Eltern waren beide evangelisch-lutherische Theologen. 1967 verzog die Familie nach Neumünster, wo Dietrichs Vater als Oberlandeskirchenrat

1966 zum Propst gewählt worden war. Dietrich selbst ging nach Abitur und anschließendem Militärdienst wieder zurück nach Kiel und nahm dort an der Christian-Albrechts-Universität ein Lehramtsstudium in den Fächern Englisch und Geschichte auf. Bei der Wahl der Anglistik mag eine Rolle gespielt haben, dass er als Sechzehnjähriger im Rahmen des Schüleraustauschs ein Jahr in den USA verbracht hatte, das stark prägend für ihn war. Seine Leidenschaft indes galt der Geschichtswissenschaft und hier insbesondere der Erforschung der NS-Zeit. Mit deren Aufarbeitung taten sich die bundesrepublikanische Politik und Gesellschaft damals mehr als schwer, und dies galt verstärkt noch für Schleswig-Holstein, das Bundesland, in dem viele NS-Täter nach 1945 untergekommen waren und sich ungehindert eine neue Existenz aufbauen konnten.

Als Thema und Titel für seine Staatsexamensarbeit, die von Prof. Dr. Hartmut Lehmann betreut wurde, wählte Dietrich Hauschildt „Juden in Kiel im Dritten Reich“. Er nahm sich damit einer jüdischen Gemeinde an, die wegen der strikt judenfeindlichen Politik des Kieler Magistrats erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts offiziell gebildet werden konnte, in der Endphase der Weimarer Republik mit 655 Mitgliedern ihren Höhepunkt erreichte

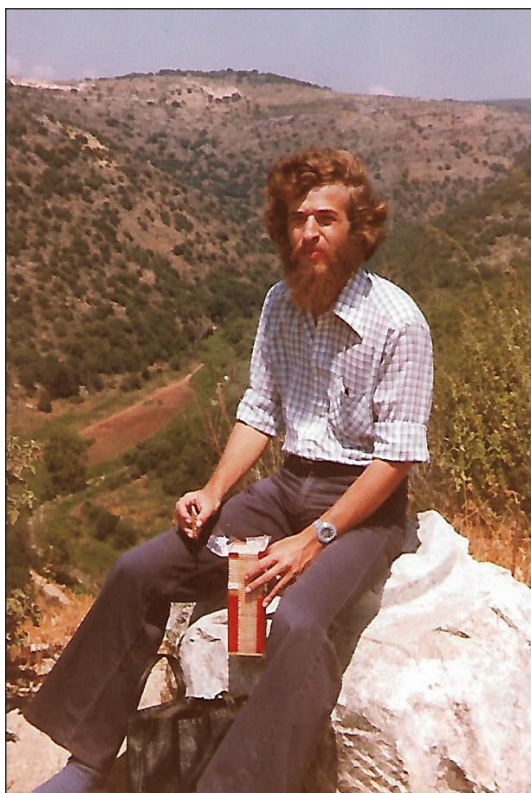


Foto: Privat

Dietrich Hauschildt 1981 auf einer Recherchereise in Israel

und während der NS-Diktatur unwiederbringlich zerstört wurde, ihre Mitglieder wurden entweder vertrieben oder ermordet. Auf wissenschaftliche Vorarbeiten konnte sich Hauschildt dabei nicht stützen. Weder die Geschichte der Juden in Schleswig-Holstein im Allgemeinen noch die in Kiel im Besonderen war Ende der 1970er-Jahre, als er mit seinen Recherchen begann, auch nur im Ansatz erforscht. Mit viel Akribie und Ausdauer und gegen manche Wi-

derstände erschloss er sich die im Stadtarchiv und bei anderen städtischen Behörden in Kiel sowie die im Landesarchiv in Schleswig lagernden Akten, las die zeitgenössische örtliche Presse, befragte noch in Kiel wohnende Überlebende des Holocaust und leistete damit weit mehr, als im Rahmen einer Staatsexamensarbeit üblich und gefordert ist. Dies erkannte auch die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Schleswig-Holstein, die Dietrich Hauschildt dafür einen mit 3000 DM dotierten Preis verlieh. Pastor Dr. Gottfried Mehnert, damals der Vorsitzende der Gesellschaft, hob in seiner Laudatio besonders die „ungewöhnliche Materialfülle“ und das „abgewogene Urteil der Darstellung“ hervor, wie in den *Kieler Nachrichten* vom 4. Dezember 1980 nachzulesen ist.

Hauschildts Dankesrede, die als Typoskript überliefert ist, zeigt, wie sehr ihm das Thema am Herzen lag, und zwar nicht nur als Wissenschaftler, sondern ebenso als aufrechter Demokrat, Humanist und Antifaschist. In dem Preis sah er eine Ermutigung auch für andere Historiker, sich mit der Geschichte Schleswig-Holsteins während der NS-Diktatur zu befassen und sich damit einer dringenden Aufgabe zu stellen, denn die Nachgeborenen müssten wissen, was damals in ihrem Land und ihrer Stadt geschah. Als jemand, der dazu beitragen wolle,

eine Wiederkehr solcher Zustände zu verhindern, könne er sich allerdings nicht damit begnügen, rein sachlich Fakten darzustellen, vielmehr müsse er hier unmissverständlich Partei ergreifen. „Ich habe in meiner Arbeit klar Partei ergriffen für die Kieler Juden, die in dieser Stadt ebenso ihr Zuhause hatten, wie ich es jetzt habe, und die hier verfolgt und gedemütigt wurden“, so Hauschildt wörtlich, „dieses Unrecht ist auch mein historisches Erbe“.

Hauschildt plante, die Staatsexamensarbeit durch Erschließung weiterer Quellen zu einer Dissertation auszubauen. Das Preisgeld nutzte er als Beihilfe zur Finanzierung der hierfür notwendigen Forschungsreisen, die ihn in den folgenden Jahren sowohl nach Israel als auch in die USA führten. Dort recherchierte er zum einen in den einschlägigen Archiven, in Israel insbesondere in Jerusalem in Yad Vashem und im jüdischen Zentralarchiv, in den USA unter anderem in den National Archives in Washington und im Leo Baeck Institute in New York. In beiden Ländern führte er zum anderen in größerem Umfang Zeitzeugeninterviews mit jüdischen einstigen Kielern und Kielerinnen durch, deren Adressen er gleichsam im Schneeballsystem ermittelt hatte. Seine Mitschriften von diesen Gesprächen und sein Briefwechsel mit seinen Gesprächspartnern zeugen von einem hohen Maß an

Empathie, und so haben sich wohl aus manchen dieser Begegnungen Freundschaften entwickelt.

Die Ergebnisse seiner Recherchen haben Eingang in zwei Publikationen gefunden: 1983 erschien in dem von Erich Hoffmann und Peter Wulf herausgegebenen Sammelband „Wir bauen das Reich“. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein“ sein Aufsatz „Vom Judenboykott zum Judenmord. Der 1. April 1933 in Kiel“<sup>1</sup>, 1988 in den „Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte“ seine Abhandlung „Novemberpogrom. Zur Geschichte der Kieler Juden im Oktober/November 1938“.<sup>2</sup> Zu diesem Zeitpunkt wohnte Dietrich Hauschildt bereits nicht mehr in Kiel, sondern mit Ehefrau Anne Staff im niedersächsischen Steinbrück, wo die beiden den landwirtschaftlichen Betrieb der Staffs übernommen hatten. Anfangs hatte Dietrich Hauschildt-Staff noch die Hoffnung, neben Arbeit und Familie seine Doktorarbeit schreiben zu können, diesen Plan musste er schließlich jedoch schweren Herzens aufgeben.

Die weiteren Entwicklungen auf dem Gebiet der Forschung zu Nationalsozialismus und jüdischer Minderheit in Schleswig-Holstein verfolgte er aber stets mit großem Interesse, wovon nicht zuletzt seine lebenslange Mitgliedschaft im AKENS zeugt. Und nicht nur das: Als Prof. Dr. Gerhard Paul, Erich Koch und ich ab 1996 am Institut für Zeit- und Regionalgeschichte in Schleswig das von der Volkswagenstiftung geförderte Forschungsprojekt „Zur Sozialgeschichte des Terrors am Beispiel der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung Schleswig-Holsteins 1933–1945“ durchführten, überließ uns Dietrich Hauschildt-Staff seine umfangreiche Sammlung zur Auswertung. Sie stellt eine wertvolle Ergänzung unserer eigenen Recherchen dar. Wir sind ihm dafür sehr zu Dank verpflichtet.

Heute befindet sich die Sammlung von Dietrich Hauschildt-Staff im Archiv des Jüdischen Museums in Rendsburg. Es ist zu hoffen, dass sie auch dort viele Nutzer findet, denn die Forschungsmöglichkeiten, die sie birgt, sind noch bei Weitem nicht ausgeschöpft.

*Dr. Bettina Goldberg, Berlin*

1. Dietrich Hauschildt, Vom Judenboykott zum Judenmord. Der 1. April 1933 in Kiel. In: Erich Hoffmann / Peter Wulf (Hg.), „Wir bauen das Reich“. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Neumünster 1983, S. 335-360.

2. Dietrich Hauschildt, Novemberpogrom. Zur Geschichte der Kieler Juden im Oktober/November 1938. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte Band 73, S. 129-172.

# Erinnerungskultur im Schnellverfahren

## Anfang und (vorläufiges) Ende der Diskussion um die Straßenumbenennungen in Elmshorn

Sowohl die Benennung als auch Debatten um Benennungen von Straßen sind ein Bestandteil der Erinnerungskultur. Im Kreis Pinneberg scheinen solche Debatten gerade Konjunktur zu haben. So wurde in Tornesch in den vergangenen Jahren ausgiebig über die Von-Helms-Straße und ihren Namensgeber diskutiert.<sup>1</sup> Bereits 2021 beschloss der zuständige Ausschuss, dass die Stadtverwaltung einen Leitfaden für den Umgang mit kritischen Straßennamen erarbeiten sollte. Die Von-Helms-Straße behält ihren Namen, eine Stele soll allerdings über den Namensträger und seine umstrittene Vergangenheit informieren. Passt ist in Tornesch bislang (Stand: November 2025) allerdings nichts dergleichen. Die Stele lässt weiter auf sich warten.

Schon gut zehn Jahre vor Tornesch wurde in Barmstedt über den Hans-Dössel-Weg gestritten. Hans Dössel – Lehrer, Heimatforscher und Verfasser der Ortschronik – war Mitglied der NSDAP, seine Einstellung zum National-

sozialismus ist umstritten. Hieran entzündete sich im Jahr 2011 die Debatte.<sup>2</sup> Umbenannt wurde die Straße dennoch nicht.

In Elmshorn beschränkte sich die Diskussion nicht nur auf eine Straße; gleich sechs standen im Fokus der Debatte. Doch so groß die Angelegenheit auf den ersten Blick gewirkt hat, so schnell war sie wieder aus dem Blickfeld verschwunden. Ging es in Barmstedt und Tornesch jahrelang nur um eine Straße, so endete in Elmshorn die Kontroverse um sechs Straßen bereits nach einigen Monaten. Man könnte von einer Erinnerungskultur im Schnellverfahren sprechen.

Angefangen hat alles im September 2024 im zuständigen Ausschuss für Kultur und Weiterbildung. Im Zuge der Diskussion um die Schaffung eines Corona-Gedenksteins gab es einen verwaltungsseitigen Vortrag über den Begriff der Erinnerungskultur. Das zuständige Amt für Kultur und Weiterbildung gab die Absicht bekannt, ein Kataster zu entwickeln,

1. Vgl. Fabian Boehlke, Johannes von Helms – Disput um einen Straßennamen in Tornesch. In: ISHZ 63/64 (2024), S. 267-271. – Zur Debatte um belastete Straßennamen generell: Forum Straßenumbenennungen. Geschichte trifft Gegenwart. Über den Umgang mit ideologisch problematischen Straßennamen im öffentlichen Raum. In: ISHZ 55 (2014), S. 143-183.

2. Elisabeth Meyer, Diskussion um Straßennamen. In: SHZ [online], 6.7.2011, [www.shz.de/lokales/elmshorn-barmstedt/artikel/diskussion-um-strassennamen-41158625](http://www.shz.de/lokales/elmshorn-barmstedt/artikel/diskussion-um-strassennamen-41158625) (8.10.2025).

in welchem die Bestandspflege der Denkmäler und Gedenkort, die Bespielung von Gedenktagen und die Namensgebung von Straßen und öffentlichen Gebäuden gebündelt werden sollten.<sup>3</sup>

Wieder aufgenommen wurde das Thema in der Ausschusssitzung vom 2. Dezember 1924. Auf Grundlage einer groben Überprüfung nannte die Verwaltung insgesamt sechs Namensgeber von Straßen, welche aus heutiger Sicht als kritisch erscheinen: den Maler Emil Nolde, den Architekten Fritz Höger, den Schriftsteller und Journalisten Hermann Löns, den Maler Ingwer Paulsen, den Arzt Albert Schweitzer sowie den Bundespräsidenten Karl Carstens.

In vier Fällen – Nolde, Höger, Paulsen und Carstens – ging es um das Verhältnis zum Nationalsozialismus, alle vier hatten der NSDAP angehört. Hermann Löns wurde unter anderem sein Frauenbild vorgeworfen, Albert Schweitzer gilt in postkolonialen Diskursen als umstritten. Als Namensgeber von Straßen stand er bereits in anderen Städten zur Diskussion. „Auch wenn diese Persönlichkeiten waren“, so die Stellungnahme der Verwaltung, „deren Schaffen zum Zeitpunkt der Benennung einer Würdigung wert waren, darf die ethische und politische Einstel-



Fritz Höger (1877 – 1949), umstrittener „Baumeister“ der NS-Zeit. Foto von Max Halberstadt, 1929

lung natürlich nicht ausgeblendet werden.“

Die Verwaltung gab allerdings zu bedenken, dass die Umbenennung einer Straße Folgen nach sich ziehe, etwa die Kosten und den Aufwand für die Anlieger bei der Neuerstellung von Dokumenten und Ausweispapieren sowie dem daraus resultierenden Schriftverkehr zur Etablierung der neuen Anschrift. Daher bestünden drei Möglichkeiten:

3. Stadt Elmshorn, Protokoll TOP 6.5, Erinnerungskultur Bedeutung des Begriffs und Austausch über die Möglichkeiten auf lokaler Ebene, Ausschuss für Kultur und Weiterbildung, 30.9.2024, [www.elmshorn.de/buergerinformationssystem/too2o?TOLFDNR=1006119&SILFDNR=1000233](http://www.elmshorn.de/buergerinformationssystem/too2o?TOLFDNR=1006119&SILFDNR=1000233) (5.8.2024).

- es werden keine Maßnahmen ergriffen
- es erfolgt eine Kontextualisierung
- oder die Straße wird umbenannt.

Die Verwaltung schlug vor, die betreffenden Personen nacheinander kritisch zu behandeln und den Hintergrund mit Hilfe von Stadtarchiv und Industriemuseum zu kontextualisieren. Entscheiden müsse das Stimmungsbild der Anwohner, welche in Form einer Befragung oder Einwohnerversammlung beteiligt werden sollten. Ein notwendiger Zeitplan werde bis zur darauffolgenden Sitzung erstellt.<sup>4</sup> Unterstützung erhielt der Verwaltungsvorschlag von SPD, Grünen und Linken. Kritik gab es von CDU und FDP, bemängelt wurden eine Willkür bei der Auswahl der Straßennamen und die fehlenden zeitlichen Ressourcen des Amtes zur Durchführung dieses Projektes. Mit 6:4 Stimmen wurde dem Verwaltungsvorschlag entsprochen.<sup>5</sup>

Trotz des eher knappen Ergebnisses schien es kurzzeitig so, als sei ein größerer Prozess in Gang

gekommen, die lokale Erinnerungskultur grundlegend einer Prüfung zu unterziehen. Der Journalist Christian Brameshuber begann seinen Artikel in den Elmschorner Nachrichten über diese Ausschusssitzung passenderweise mit den Worten „Nein, weggucken will da niemand mehr.“<sup>6</sup>

Doch das – zumindest vorläufige – Finale sollte schneller erreicht sein, als allgemein angenommen. In der Sitzung des Kulturausschusses am 10. März 2025 stellte das Kulturamt den angekündigten Zeitplan inklusive Beschlussvorlage vor. Die Ausarbeitung der kritischen Auseinandersetzung solle zur Sitzung im dritten Quartal eingebracht werden. Mit Hilfe von Stadtarchiv und Industriemuseum werde eine Abwägung erfolgen zwischen der Würdigung der Person und den Gründen für eine Umbenennung. Hinzu komme ein Fragebogen für eine Einwohnerbefragung zur Erhebung des maßgeblichen Stimmungsbildes. Die Verwaltung schlug vor, mit der Högertwiete zu beginnen; die Fraktionen sollten

4. Stadt Elmshorn, Beschlussvorlage 30/2024/038, Erinnerungskultur – kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Straßennamen, Ausschuss für Kultur und Weiterbildung, 2.12.2024, [www.elmshorn.de/buergerinformationssystem/voo2o?VOLFDNR=1001326&refresh=false&TOLFDNR=1007020](http://www.elmshorn.de/buergerinformationssystem/voo2o?VOLFDNR=1001326&refresh=false&TOLFDNR=1007020) (5.8.2025).

5. Stadt Elmshorn, Protokoll TOP 8, Erinnerungskultur – kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Straßennamen, Ausschuss für Kultur und Weiterbildung, 2.12.2024, [www.elmshorn.de/buergerinformationssystem/too2o?TOLFDNR=1007020&SILFDNR=1000248#showHideLink\\_id3e4](http://www.elmshorn.de/buergerinformationssystem/too2o?TOLFDNR=1007020&SILFDNR=1000248#showHideLink_id3e4) (5.8.2025).

6. Christian Brameshuber, Wenn ein Nazi auf dem Straßenschild steht: Muss Elmshorn das ändern? In: SHZ [online], 10.12.2024, [www.shz.de/lokales/elmshorn-barmstedt/artikel/strasse-nach-nazi-benannt-soll-elmshorn-das-aendern-48095271](http://www.shz.de/lokales/elmshorn-barmstedt/artikel/strasse-nach-nazi-benannt-soll-elmshorn-das-aendern-48095271) (3.8.2025).

bis zum 30. April 2025 weitere Straßen benennen können.

In der Ausschusssitzung des vierten Quartals hätte dann die Grundsatzentscheidung über die Zukunft der Straße getroffen werden sollen, bestehend aus einer der drei genannten Optionen. „Im Zuge dessen sollen u.a. die Fragen geklärt werden, ob diese Person aktiv gegen Menschenrechte verstoßen oder durch ihr Handeln nationalsozialistische, völkische, antisemitische oder vergleichbare Aktivitäten unterstützt hat. Ferner ist auch zu berücksichtigen, inwieweit im Nachhinein eine Selbstreflexion der Person erfolgt ist und sie sich gemeinwohlorientiert eingesetzt hat.“

Dieses Verfahren um die Högertwiete sollte als Pilotprojekt dienen, auch weitere Namensgeber kritisch zu behandeln und jährlich eine Straße kritisch zu überprüfen, um einen Turnus zu entwickeln. Aus Kosten- und Kapazitätsgründen wolle man das Verfahren in die Länge strecken. „Die Straßennamen“, so das Amt für Kultur und Weiterbildung, „sind ein Relikt ihrer Zeit und ein Bestandteil der Geschichte und Erinnerungskultur. Die regelmäßige Auseinandersetzung mit den

namensgebenden Personen wird als wichtige Aufgabe der öffentlichen Verwaltung gesehen.“<sup>7</sup>

In der anschließenden Diskussion hagelte es Kritik an der Selbstverwaltung. Neben den benötigten zeitlichen Kapazitäten des Kulturamtes gab es Zweifel an der Schätzung der Folgekosten für die Anwohner. Den Einfluss der Anlieger bei der Entscheidungsfindung nahm man als zu umfangreich wahr. Grundsätzlich kritisiert wurde die Auswahl der Straßen, da vermutlich jede Straßenbenennung Anlass zur Beanstandung biete. Eine FDP-Vertreterin stellte den Antrag zur Aufstellung einer Hinweistafel an der Högertwiete. Diesem Vorschlag folgte der Ausschuss mit neun Ja- und einer Gegenstimme fast geschlossen.<sup>8</sup> Das Vorhaben der Verwaltung hatte somit keine Zukunft.

Der Text der Hinweistafel in der Högertwiete soll vom Ausschuss für Kultur und Weiterbildung in der Sitzung im vierten Quartal 2025 beschlossen werden, die Aufstellung dann spätestens nach Inkrafttreten des Haushaltes 2026 erfolgen. „Durch die Aufstellung der Hinweistafel“, so das Kulturamt, „erhofft sich die Stadt, dass sich die Einwohnerinnen

7. Stadt Elmshorn, Beschlussvorlage 30/2024/038-1, Erinnerungskultur – kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Straßennamen, Ausschuss für Kultur und Weiterbildung, 10.03.2025, [www.elmshorn.de/buergerinformationssystem/voo2o?VOLFDNR=1001500&refresh=false&TOLFDNR=1007747](http://www.elmshorn.de/buergerinformationssystem/voo2o?VOLFDNR=1001500&refresh=false&TOLFDNR=1007747) (6.8.2025).

8. Stadt Elmshorn, Protokoll TOP 12, Erinnerungskultur – kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Straßennamen, Ausschuss für Kultur und Weiterbildung, 10.3.2025, [www.elmshorn.de/buergerinformationssystem/too2o?TOLFDNR=1007747&SILFDNR=1000574](http://www.elmshorn.de/buergerinformationssystem/too2o?TOLFDNR=1007747&SILFDNR=1000574) (6.8.2025).



Foto: Fabian Boethke

Vielleicht bald mit Zusatzschild: die Högertwiete in Elmshorn

und Einwohner aktiv mit der Geschichte Högers auseinandersetzen.“ Zwar könnten von Seiten der Selbstverwaltung jederzeit Anträge über die Auseinandersetzung mit Namensträgern gestellt werden. „Verwaltungsseitig ist zeitnah keine Auseinandersetzung mit weiteren Namensgebern geplant.“<sup>9</sup>

In der besagten Sitzung vom 1. Dezember 2025 beschloss der Ausschuss für Kultur und Weiterbildung einstimmig die Anbrin-

gung eines Zusatzschildes für die Högertwiete mit der Beschriftung: „Fritz Höger (1877–1949); Architekt und Baumeister. Nähere Informationen finden Sie auf der Hinweistafel.“<sup>10</sup> Diskussionen gab es dann um den konkreten Text der Hinweistafel. Zur Diskussion und Abstimmung gestellt wurde ein Textentwurf der Verwaltung, welcher unter anderem den Satz enthielt: „Auch antisemitisches Gedankengut scheint er bis zu seinem Tod verinnerlicht zu haben [...]“.

9. Schriftliche Auskunft des Amtes für Kultur und Weiterbildung in Elmshorn vom 07.10.2025.

10. Stadt Elmshorn, Protokoll TOP 12, Straßenbenennung – Zusatzschild und Informations-tafel für die Högertwiete, Ausschuss für Kultur und Weiterbildung, 1.12.2025, [www.elms-horn.de/buergerinformationssystem/wicket/resource/org.apache.wicket.Application/doc11380o8.pdf](http://www.elms-horn.de/buergerinformationssystem/wicket/resource/org.apache.wicket.Application/doc11380o8.pdf) (21.12.2025).

Die Linkspartei stellte einen Antrag, den Satz in eine Tatsachenaussage zu ändern, welcher auch von der SPD unterstützt wurde. Die SPD beantragte, die Feststellung, dass nicht nochmal eine Straße nach Fritz Höger benannt werden würde, ans Ende zu stellen. Die CDU kritisierte hingegen den Vorschlag der Linkspartei, da Mutmaßungen als Tatsachen hingestellt und Bezug auf unzugängliche Dokumente genommen worden sei. Der Ausschuss beschloss den Text mit den beantragten Änderungen mit sechs zu vier Stimmen bei einer Enthaltung.<sup>11</sup>

Beschlossener Text der Informationstafel zu Fritz Höger:

Benannt wurde diese Straße 1977 nach Fritz Höger (Johann Friedrich Höger), der mit seinen Bauwerken seit den 1920er-Jahren Maßstäbe in der Architektur gesetzt hatte. Bekannte Bauwerke sind beispielsweise das Chilehaus in Hamburg oder das Anzeiger-Hochhaus in Hannover. Er gilt als führender Vertreter des Norddeutschen Backsteinexpressionismus.

Erst Jahrzehnte nach der Benennung wurde Högers Rolle in der NS-Zeit verstärkt thematisiert. Untersuchungen zeigten, dass Höger entgegen seiner Aussage bereits 1932 aus freien Stücken in die NSDAP eingetreten

war. Ihm wurde zwar lange zugutegehalten, dass er 1946 eines der ersten Mahnmale für die Opfer des Nationalsozialismus entworfen hatte, das bis heute in Itzehoe steht. Doch mittlerweile wurde in den Quellen ein eher opportunistischer Hintergrund erkennbar. Auch antisemitisches Gedankengut hat er bis zu seinem Tod verinnerlicht. So machte er das „Weltjudentum“ für die deutsche Niederlage im Zweiten Weltkrieg verantwortlich und äußerte sich schriftlich niedergelegt verächtlich über das Judentum.

Nach diesen neueren Erkenntnissen wären eine Straßenbenennung und die damit verbundene Würdigung nicht mehr vorgenommen worden.

In einer ähnlich gelagerten Diskussion in Neumünster – es ging unter anderem auch um Emil Nolde – plädierte der als Gutachter hinzugezogene Historiker Dr. Uwe Danker im Sinne der Demokratie für ein möglichst großes Maß an Pluralität. Dies gelte insbesondere dann, wenn eine Umbenennung nicht zwingend geboten sei. „Schließlich seien Debatten um Straßennamen an sich wertvoll und produzierten historisches Lernen, wenn sie öffentlich und transparent ausgeführt werden. Denn: Was (und

11. Elmshorn, Protokoll TOP 12.1, Straßenbenennung - Zusatzschild und Informationstafel für die Högertwiete, Antrag der Fraktion „Die Linken“, Ausschuss für Kultur und Weiterbildung, 1.12.2025, [www.elmshorn.de/buergerinformationssystem/wicket/resource/org.apache.wicket.Application/doc1138009.pdf](http://www.elmshorn.de/buergerinformationssystem/wicket/resource/org.apache.wicket.Application/doc1138009.pdf) (21.12.2025).

wen) man aus der Erinnerung lösche, könne nicht mehr reflektiert und in seinem historischen Kontext kritisch erörtert werden. – Deshalb neige der Gutachter dazu, im Zweifelsfall auch problematische Straßennamen zu erhalten und mit Informations- und Bewertungsangeboten zu versehen, um mündigen Bürger:innen die kritische Auseinandersetzung zu ermöglichen.“<sup>12</sup>

Zwar hat Elmshorn nicht die Erinnerung gelöscht, eine wirkliche Debatte und Auseinandersetzung hat es jedoch auch nicht gegeben. Hier wurde sicherlich eine Chance vertan. Ob es neben Fritz Höger noch zu anderen Namensträgern Hinweistafeln geben wird, scheint durch die Debatten im zuständigen Ausschuss sowie die Stellungnahme der Verwaltung mehr als zweifelhaft. Fabian Boehlke

---

## „Wein doch nicht dafür“

### Ein Film des Kunstkurses des 12. Jahrgangs der Kieler Humboldtschule zum „AEL Nordmark“

Als der Filmemacher und Kulturvermittler Moses Merkle sich den Film *Wiedersehen nach 42 Jahren* ansah, war er von den Schilderungen der Luxemburgischen Frauen, die kurz vor Kriegsende im „Arbeitserziehungslager Nordmark“ inhaftiert waren, sehr beeindruckt. Besonders berührte ihn folgende Erzählung: Von Hunger gequält hatte eine Frau für sich und zwei Freundinnen einige Stangen Lauch gestohlen und war dabei von einem bewaffneten Wachmann mit Hund erwischt worden. Sie berichtet über die Angst vor seiner Reaktion, als sie ihm die Worte „Ich habe gestohlen!“ mit

Wut entgegenschleudert, aber wider Erwarten schickte er sie mit den Worten „Scherr dir zum Teufel, dass niemand dich sieht!“ weg.

Sie versteckte die Stangen in einem Gebüsch, aber als sie diese gemeinsam mit zwei anderen Frauen holen wollte, waren sie verschwunden. Und – so erinnert sich Madelaine Herckes – damals habe sie das erste und einzige Mal im Lager geweint. Ihre Freundinnen hätten sie zu trösten versucht, mit dem Satz, der jetzt der Filmtitel geworden ist.

Der Film *Wiedersehen nach 42 Jahren* (1987) von Irene Dittrich, Kay Gerdes und Detlef Kor-

---

12. Uwe Danker, „damnatio memoriae“ oder historischer Abenteuerspielplatz? Ein pragmatischer Hinweis zum Umgang mit problematischen Straßennamen. In: Demokratische Geschichte 32 (2023), S. 260-271, hier S. 268.



Filmszene: Ein Wachmann stellt eine Inhaftierte mit gestohlenem Lauch

te berichtet von dem Besuch von sieben Frauen aus Luxemburg, die ab April 1945 bis zum Kriegsende im „Arbeitserziehungslager Nordmark“ inhaftiert waren, und 1987 das erste Mal wieder nach Kiel kamen. Die Humboldtschülerinnen und -schüler haben den Film neben Detlef Korte auch diesen Frauen gewidmet, die „das Schweigen um das Lager Nordmark brachen“.

Zur Vorgeschichte: Moses Merkle bot im Rahmen des Programms „Schule trifft Kultur – Kultur trifft Schule“ ein Filmprojekt zu diesem Thema an. Der Kunstkurs des damaligen 11. Jahrgangs der Humboldtschule, bestehend aus 16 Schülerinnen und Schülern, befasste sich in einer Projektwoche

außerhalb der Schule mit dem „Arbeitserziehungslager Nordmark“. In Zusammenarbeit mit Moses Merkle, der Werkstatt 20. Jahrhundert und dem Stadtarchiv Kiel entstand – so die Vorankündigung – ein szenisch-dokumentarischer Film über die NS-Vergangenheit in Kiel, der am 19. November erstmals in der vollbesetzten Aula der Humboldtschule gezeigt wurde.

Der Film der Schülerinnen und Schüler basiert auf der Dokumentation „Wiedersehen nach 42 Jahren“ mit Ausschnitten und Nachstellungen. Der Regisseur Mose Merkle und drei Schülerinnen schrieben das Drehbuch.

Drei Tage lang arbeiteten die Schülerinnen und Schüler mit Hilfe von Forschungsboxen über

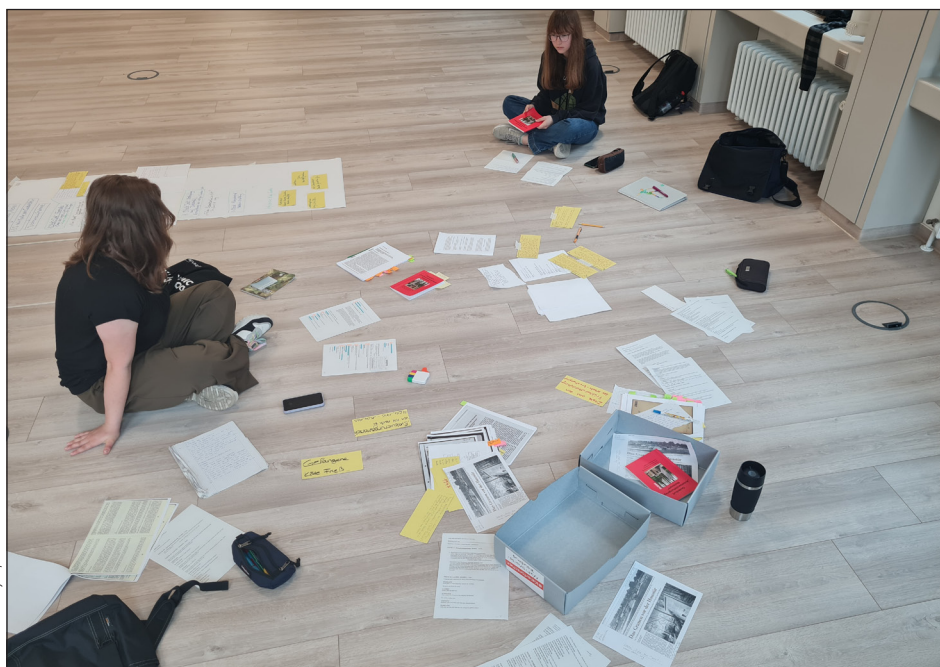


Foto: Tomke Meyer / Humboldtschule Kiel

Vorbereitungen für das Filmprojekt in der Werkstatt 20. Jahrhundert

die Geschichte des „Arbeitserziehungslagers Nordmark“ in Kiel, nachdem das Thema von ihrer Kunstlehrerin Tomke Meyer im Unterricht vorbereitet worden war. Und so beginnt der Film auch in den Gängen der Werkstatt 20. Jahrhundert. Archivalien werden aus dem Magazin des Stadtarchivs geholt. Wissen oder auch Nicht-Wissen über das AEL wird von den Schülern geteilt. Die Szene, in der von einer Archivmitarbeiterin erklärt wird, wie mit Archivalien umzugehen ist und zwei Schülerinnen Fotos von Leichen aus dem AEL fotografieren, erschließt sich dem Betrachter nicht.

Schülerinnen und Schüler lesen aus dem ihnen zur Verfügung gestelltem Material vor, z.B. über den Unterschied von Arbeitserziehungs- zu Konzentrationslagern, wer eingewiesen wurde, über die schlechte Versorgungslage, die Anweisungen für die Wachmannschaften. Die Schülerinnen und Schüler spielen ein wenig auch sich selbst. So wird gezeigt, wie unterschiedlich man mit den Informationen umgehen kann. Einige Reaktionen sind eher ernst, andere zeigen eher eine gewisse Distanz. Die Zahl der Todesopfer, die auf dem Gedenkstein steht, rechnet ein Schüler sehr schnell auf den Tag um: 1,725 Menschen



Arbeit mit Forschungsboxen mit Dokumenten zur Geschichte des „AEL Nordmark“

jeden Tag, die im Lager sterben. Allerdings starben die meisten Opfer in den letzten Wochen vor der Befreiung des Lagers.

Die „Arbeitserziehungslager“ waren ein Terrorinstrument der Gestapo vor allem gegen ausländische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, und hier in erster Linie Menschen aus der Sowjetunion und Polen. Deshalb ist es auch etwas verwunderlich, dass nicht ein einziges Mal im Film von Zwangsarbeitern die Rede ist. „Arbeitsvertragsbruch“ – das konnte Arbeitsverweigerung, Sabotage oder auch Flucht sein – führte zur Einweisung in ein AEL. Aber im „Arbeitserziehungslager Nord-

mark“ waren auch sog. Schutzhäftlinge und politische Gefangene inhaftiert. In den letzten Wochen des AEL kamen Transporte von Jüdinnen und Juden aus dem Rigaer Ghetto und auch Häftlinge aus anderen Lagern in Kiel an, die auf sog. Todesmärschen dorthin getrieben wurden. Im Rahmen der „Bernadotte-Aktion“ konnten auch im „Arbeitserziehungslager Nordmark“ Jüdische Häftlinge befreit werden.

Ein 16-Minuten-Film kann die Geschichte des AEL natürlich nicht erzählen. Aber dennoch hätte man sich eine genauere historische Einordnung gewünscht. Denn die Erzählungen der Frauen



Foto: Tomke Meyer / Humboldtschule Kiel

Szenenbesprechung am Gedenkort „AEL Nordmark“

aus Luxemburg betreffen die Endphase des AEL. Das Lager am Russee stellte die letzte Station der Deportation der im Widerstand gewesenen 30 Luxemburgerinnen durch verschiedene Gefängnisse und Konzentrationslager dar. Das erfahren die Zuschauerinnen und Zuschauer des Films leider nicht. Da kurz zuvor über „Arbeitsbummelei“ gesprochen wird, könnte das zu falschen Schlüssen führen.

Nach dem Krieg wurde das Gelände unterschiedlich genutzt. Seit vielen Jahrzehnten dient es unter anderem als Sportplatz. Die Aussagen von deutschen Zeitzeugen auf dem Platz aus dem Film von 1987,

die zwischen vermeintlichem Nichtwissen und einer gewissen Scham schwanken, haben auch Eingang in den neuen Film gefunden.

In einer Spielszene wird mit dem Überflug einer Drohne das räumliche Ausmaß des Lagers deutlich. Ihr vermeintlicher Absturz ändert die Zeitebene von der Gegenwart in die Vergangenheit, und es beginnen die szenischen Nachstellungen des Lagerlebens.

Mehrmals mussten dabei die Dreharbeiten unterbrochen werden, weil die Emotionen zu stark waren. Auch waren die Rahmenbedingungen nicht ideal: Die Schülerinnen und Schüler zogen sich um und schminkten sich auf

der Toilette des Supermarktes, der jetzt auch auf dem AEL-Gelände steht. Und eine Anfrage beim Theater, um Kostüme zu bekommen, konnte wegen der Kürze der Zeit nicht mehr erfüllt werden.

Eine szenische Darstellung zeigt den täglichen Appell um 5 Uhr. Im Hintergrund ist Sirenengeheul zu hören. Eine Frau wird in eine Reihe gestoßen, ein Wachmann mit Hund läuft durch die Reihen. Die katastrophale Verpflegungssituation im Lager wird gleich dreimal thematisiert. Einmal sitzen die Schülerinnen und Schüler in einer Pause an einem Tisch. Ein Schüler isst ein Brot, und ein anderer fragt ihn, wie es wäre, wenn dieses die einzige Mahlzeit am Tage wäre. Eine Schülerin berichtet, wie schwach die Häftlinge waren.

Und es wird auch eine weitere Erzählung aus dem Film von 1987 nachgespielt, in der sich die Luxemburgerinnen darin erinnern, wie sie sich einen Salat gemacht haben, nachdem sie mit einer Russin eine Brotration gegen Essig getauscht hatten.

Nun kann man den Alltag in einem Lager auch nicht annähernd adäquat darstellen. Aber die oben schon erwähnte Lauch-Episode gehört dennoch zu den eindrucksvollsten Szenen des Filmes, denn der Schülerin gelingt es, die Wut, Verzweiflung und Angst dieser

Frau glaubhaft wiederzugeben. Madelaine Herckes (\*1922) kamen die wenigen Sekunden wie eine Ewigkeit vor, weil sie die Reaktion des Wachmannes nicht einschätzen konnte. Kurz vorher waren drei andere Häftlinge, weil sie Brot weggenommen hatten, erschossen worden.

Leider konnten Teile eines Interviews, das die Humboldtschüler mit dem Filmemacher von 1987, Kay Gerdes, führten, nicht in den Film integriert werden. Das Gespräch konnte nach der Filmvorführung angesehen werden. Allerdings wurde eine Frage im Anschluss an die Vorstellung des Films in der Diskussion aufgegriffen: Wie kommt es, dass Madelaine Herckes im Film so fröhlich über ihre Zeit im Lager berichtet, aber ihren Angehörigen nichts darüber erzählt hat? Und schade ist auch, dass ihr Name im Film keine Erwähnung findet.

Was fehlt, ist die historische Einordnung der gezeigten Geschichten. Aber dieses Versäumnis sollte man nicht den Schülerinnen und Schülern vorwerfen. Sie haben – so jedenfalls der Eindruck der Zuschauerinnen und Zuschauer – versucht, diesen Teil der Geschichte so gut es ihnen möglich war darzustellen. Hier wären die Erwachsenen und die historische Beratung gefragt gewesen.

*Renate Dopheide*